

DMB NRW im Gespräch mit landesweit größtem Immobilienkonzern

■ Mit rund 122.000 Wohnungen in Rhein und Ruhr sind 76 Kommunen ist VIVAWEST derzeit das größte Wohnungsunternehmen in Nordrhein-Westfalen. Rund 300.000 Menschen bietet das Unternehmen ein Zuhause.

Um über die Anliegen der Mieter zu sprechen, trafen sich Vertreter des Vorstandes und der Geschäftsführung des Deutschen Mieterbundes NRW mit der Hausspitze. „Verlässlich, tatkräftig, authentisch und kreativ“, so stellte Robert Schmidt, Vorsitzender der Geschäftsführung der VIVAWEST GmbH das Geschäftsmodell vor. Insbesondere die regelmäßige Sanierung und Modernisierung von Wohnungen gehöre zur Politik des Unternehmens.

Der Vorsitzende des DMB-Landesverbandes, Bernhard von Grünberg, machte deutlich, dass auch für den Mieterbund der Klimaschutz ein Schwerpunktthema sei; die Energiewende dürfe jedoch nicht einseitig zu Lasten der Mieterinnen und Mieter vollzogen werden. In diesem Zusammenhang kritisierte er die gesetzliche Modernisierungsumla-



ge, wonach bis zu elf Prozent der Modernisierungskosten auf die Mieter umgelegt werden können. Diese Regelung führe häufig zu einer überproportionalen Steigerung der Mieten und werde in der Regel nicht durch Ersparnisse bei den Nebenkosten kompensiert. Die durchschnittli-

chen Sanierungskosten liegen bei 2,50 pro Quadratmeter. Dadurch könne bei einer Durchschnittsmiete von sechs Euro eine Steigerung der Kaltmiete von rund 40 Prozent eintreten.

Außerdem forderte er für die Planung von Modernisierungsmaßnahmen generell mehr Mieterbeteiligungen. Umfassende Modernisierungen bringen im Schnitt Mieterhöhungen von zwei bis vier Euro pro Quadratmeter im Monat mit sich; ein Gespräch auf Augenhöhe mit den betroffenen Mietern sei deshalb unerlässlich. Beim Thema „Mietpreisbremse“ äußerten sich beide Seiten kri-

tisch zur geplanten Geltung der Mietbegrenzung für nur bestimmte Städte in NRW. Während Robert Schmidt sich deshalb gegen eine Mietpreisbegrenzung aussprach, forderte Bernhard von Grünberg eine einheitliche landesweite Geltung der Mietpreisbegrenzung. So würden Rechtsstreitigkeiten vermieden. Im Übrigen sei eine Mietpreisbegrenzung in nicht angespannten Wohnungsmärkten auch nicht relevant. Der damit verbundene bürokratische Aufwand stehe in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Nutzen. ■

Mieterbund Monheim Hauptversammlung

Der Vorstand des Deutschen Mieterbundes Monheim, Langenfeld lädt alle Mitglieder zur ordentlichen Hauptversammlung am Mittwoch, den **5. November 2014**, um 19.15 Uhr im „Haus der Chancen“, Raum E 14, Friedenauer Straße 176, 40789 Monheim am Rhein, ein.

TAGESORDNUNGSVORSCHLAG

1. Begrüßung durch den Vorsitzenden, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Geschäftsbericht des Vorsitzenden
4. Bericht der Kassiererin
5. Bericht Kassenprüfung
6. Aussprache zu den Punkten 3, 4, 5 und 6
7. Entlastung des Vorstandes
8. Neuwahl des Vorstandes
 - a. der/des Vorsitzenden
 - b. der/des stellvertretenden Vorsitzenden
 - c. der/des Kassiererin/Kassierers
 - d. von zwei Beisitzerinnen/Beisitzern
 - e. von zwei Kassenprüferinnen/-prüfern
9. Anträge
Satzungsergänzung zur Einführung einer dreimonatigen Schnuppermitgliedschaft (Wortlaut liegt zur Versammlung vor, kann im Mieterbundbüro angefordert werden)
10. Verschiedenes

Weitere Anträge sind laut Satzung spätestens eine Woche vor der Versammlung an den Vorstand des Mieterbundes Monheim, Alte Schulstraße 30, 40789 Monheim am Rhein, zu richten. Sie können in der Hauptversammlung nur behandelt werden, wenn sie veröffentlichte Tagesordnungspunkte betreffen.

Der Vorstand

Mieterverein Gelsenkirchen Mitgliederversammlungen

■ Der Mieterverein Gelsenkirchen weist nochmals auf seine Mitgliederversammlungen am 21. und 23. Oktober 2014 hin. Für Details zur Einladung und zur Tagesordnung verweist der Verein auf seine Internetseiten (www.mieterverein-ge.de/aktuelles.html) sowie auf die letzte Ausgabe 4/2014 der MieterZeitung.

Baunachfrage leicht gesunken

■ Die nordrhein-westfälische Baunachfrage ist im zweiten Quartal 2014 um 4,5 Prozent gesunken. Das Statistische Landesamt teilt mit, dass der Nachfragerückgang im Hochbau (-14,2 Prozent) durch die verbesserte Auftragslage im Bereich der Tiefbauleistung (+10,3 Prozent) nicht ausgeglichen werden konnte. Innerhalb des Hochbaus ermittelten die Statistiker einen Nachfragerückgang im Wohnungsbau (-16,0 Prozent) sowie im gewerblichen und industriellen Hochbau (-15,2 Prozent). Lediglich der öffentliche Hochbau (+1,7 Prozent) verzeichnete eine höhere Nachfrage.